

desto stärker wird der Beteiligungsjournalismus“, bilanziert ein Sprecher des Kirch-Kanals Pro 7. Das gilt erst recht für regionale Märkte. Dort dominiert häufig eine Tageszeitung, die zudem das örtliche Anzeigenblatt und das private Lokalradio kontrolliert.

Das Dreifachmonopol kann dazu führen, daß Nachrichten regelrecht unterdrückt werden: So war jüngst in nordrhein-westfälischen Blättern über einen Streik der eigenen Lokalrundfunkredakteure so gut wie nichts zu lesen.

WDR-Chef Nowotny betrachtet inzwischen *Bild* als „größte Programmzeitschrift Europas – nämlich für Sat 1“. Das Boulevardblatt (Auflage: knapp 4,3 Millionen) gab eine einseitige Artikelkampagne pro Privat-TV in Serie. Da wurde etwa getitelt: „28 TV-Programme – herrlich, wie wir wählen können.“ Moderatorin Margarethe Schreinemakers pries ihr Glück, bei Sat 1 zu sein. ARD und ZDF, „das Staatsfernsehen“, dagegen stecken Stars in die „Zwangsjacke“.

In Berlin setzt Springer dem Medienhüter Hege, der den Verlagssender DSF dort nicht ins Kabelnetz einspeisen will, gleich dreifach zu: mit *Berliner Morgenpost*, *B.Z.* und natürlich *Bild*. Die Stunde des Blattes kam mit dem Europacup-Auftritt der Dortmunder Fußballer im französischen Auxerre, den nur das DSF live übertragen durfte.

Damit das Ereignis in Berlin nicht ausfiel, vermittelte *Bild* die TV-Rechte an den örtlichen Kabelkanal FAB – und ließ anschließend Fußball-Prominente die Aktion bejubeln und Hege beschimpfen.

Die größten Fouls des publizistischen Doppelspiels will die Mehrzahl der Medienwächter bald abpfeifen. Thomas Kleist, Chef der saarländischen Medienanstalt, fordert, daß künftig Pressekonzerne bundesweit statt maximal 49,9 Prozent nur zwischen 25 und 33 Prozent an einem Rundfunksender halten dürfen: „Wir müssen dann entflechten.“ Solche Verlagshöchstgrenzen gibt es etwa schon in den Landesmediengesetzen Hamburgs und des Saarlands.

Die Anti-Presse-Norm, Teil eines Reformpakets, soll in den Runkfunkstaatsvertrag aufgenommen werden. Der läuft zwar erst Ende 1998 aus, wahrscheinlich aber beraten die Ministerpräsidenten schon 1995 über eine Neufassung.

Die Medienkonzerne wappnen sich gegen drohende Beschränkungen. Sie fürchten, daß sich Branchengrößen aus den USA und Japan oder Banken, Handelskonzerne und Industrieriesen breit-



Funkhauschef Nowotny
Zensur im Massenblatt

machen. Es sei fraglich, „inwiefern die Selbständigkeit vieler Verlage in einem bis dato pluralistischen Markt weiterhin gewährleistet wäre“, steht in einem Geheimpapier für Bertelsmann-Manager.

Die christliberale Regierungskoalition sieht zum Eingreifen keinen Anlaß. Im Bundestag erklärte sie, dem Rat der Monopolkommission, neue Rundfunklizenzen für Pressehäuser kartellrechtlich wie eine Fusion zweier Firmen zu behandeln, nicht Folge zu leisten.

Dafür könnten Gerichte gegen Cross-ownership einschreiten. Nach Ansicht des Dortmunder Medienwissenschaftlers Horst Röper verletzt unsauberer Beteiligungsjournalismus das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb: „Da muß nur mal jemand klagen.“

Die ARD wehrt sich lieber im eigenen Kanal. So teilte „Tagesthemen“-Ikone Ulrich Wickert kürzlich vor der Wetterkarte „in eigener Sache“ mit, daß 1992 die beste Sendung der Privaten erst auf Platz 140 der Quoten-Hitparade gelegen habe. ARD-Mann Nowotny: „Wir stehen nicht in der Ecke und lassen uns auszählen.“

Gegendarstellung

In DER SPIEGEL Nr. 14/1993 vom 05. April 1993 wurde auf Seite 98 unter der Überschrift „Andere anzapfen“ über den Hilfsfonds für im Krieg vergewaltigte Frauen im ehemaligen Jugoslawien berichtet, den wir mit gegründet haben. Zu diesem Artikel stellen wir fest:

1. DER SPIEGEL behauptet, daß die Spendengelder auf einem „Privatkonto“

der Arbeiterwohlfahrt gesammelt würden. Richtig ist, daß die Gelder sich auf einem offiziellen Spendenkonto der Arbeiterwohlfahrt befinden.

2. DER SPIEGEL behauptet, daß Dr. Herta Däubler-Gmelin gemeinsam mit Karin Schüller die Spenden koordiniere und verteile. Die Projektauswahl in Zagreb würde Mirjana Ferić-Vaz treffen, die ihre Vorschläge dann beim internationalen Frauenfriedensarchiv Oberhausen einreiche. Hierzu stellen wir fest: Eine Projektauswahl in Zagreb gibt es nicht. Mit der Vergabe von Spendengeldern unseres Hilfsfonds ist auch das Frauenfriedensarchiv nicht beschäftigt. Alle Projekte bewerben sich um die Hilfsgelder unmittelbar beim Hilfsfonds in Deutschland. Die Spendengelder werden dann in Absprache mit der Arbeiterwohlfahrt ausschließlich nach einstimmiger Beschlußfassung der drei Initiatorinnen des Hilfsfonds bzw. ihrer drei Beauftragten verteilt.

3. DER SPIEGEL behauptet, daß die Frauenlobby Zagreb DM 250 000 von uns bekommen hätte. Richtig ist, daß die Frauenlobby bisher lediglich DM 50 000 bekommen hat.

4. DER SPIEGEL behauptet, daß „private Antragsteller“ wie der Heidelberger Christian Beyerle ganz leer ausgingen; ihm in Aussicht gestelltes Geld sei ausgeblieben. Hierzu ist festzustellen, daß wir für die „Frauenhilfe Bosnien-Herzegowina, Heidelberg“, deren Geschäftsführer Herr Beyerle ist, einen Betrag von DM 50 000 bereitgestellt haben, dessen Auszahlung von einer von uns erbetenen weiteren Konkretisierung des zu fördernden Projekts abhängig gemacht wurde.

5. Zu der angeblichen Ablehnung des Projekts von Herrn Beyerle zitiert DER SPIEGEL Frau Schüller mit der Äußerung „Frauen wollen Frauen helfen. Die Männer können andere Stellen anzapfen.“ Frau Schüller hat sich so nicht geäußert, und wir haben die Vergabe von Spendenmitteln auch zu keinem Zeitpunkt vom Geschlecht der Antragsteller abhängig gemacht.

6. DER SPIEGEL behauptet weiter, daß eine „Kareta-Frau“ in der Sendung „Mona Lisa“ im Zusammenhang mit dem Verbleib unserer Spendengelder behauptet hätte, „passiert ist gar nichts“. Hierzu ist festzustellen, daß dieses Zitat sich nicht auf unsere Spendengelder, sondern auf die Reaktion der Politiker auf die Nachrichten von den Vergewaltigungen bosnischer Frauen bezogen hat.

Dr. Herta Däubler-Gmelin
und Uta Würfel

Nach Paragraph 11 des Hamburgischen Pressegesetzes ist der SPIEGEL verpflichtet, die Gegendarstellung ohne Rücksicht auf ihren Wahrheitsgehalt abzudrucken. –Red.